

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 888 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Professor Dr. Uwe Holtz
MdB zu den konzeptionellen
Schwächen des
jüngsten Weltbankberichts
zur Entwicklungspolitik:
Umweltzerstörung und Armut
bekämpfen.

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann
MdL zum Ende des Jä-
ger '90: Endlich aktiv in
die Konversion einstei-
gen!

Seite 3

Brigitte Speth MdL zu
Sparvorschlägen der
Kultusministerkonfe-
renz: Nicht auf Kosten
der Bildung.

Seite 4

Dokumentation

Die deutsche Sektion
von IPPNW hat den
Sprecher des
"Darmstädter Signals",
Major Helmuth Prieß,
mit ihrer Auszeichnung
geehrt: Ärzte-Aus-
zeichnung für einen
mutigen Soldaten.

Seite 5

47. Jahrgang / 96

20. Mai 1992

Umweltzerstörung und Armut bekämpfen

Zu den konzeptionellen Schwächen des jüngsten Weltbankberichts zur Entwicklungspolitik

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

**Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit**

In einer bisher einmaligen parteiübergreifenden Aktion haben bisher über 230 Abgeordnete des deutschen Bundestages einen Appell an den Präsidenten der Weltbank, Lewis Preston, unterzeichnet. Darin fordern die Abgeordneten die Weltbank auf, in der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern konsequenter als bisher Anti-Armuts- und Umweltschutzstrategien zu verfolgen. Die Darlehen sollen mit Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer verbunden werden: Senkung der Rüstungsausgaben, Reformen im Sozial- und Steuerbereich und bei der Landverteilung.

Die Weltbank hat seit jüngsten Kursänderungen in Richtung auf eine armutsbeseitigende und umweltverträgliche Entwicklungspolitik angekündigt und zum Teil auf den Weg gebracht. Die Vergangenheit lehrt jedoch, daß sich die Weltbank selbst nicht konsequent genug an eigene Vorgaben hält.

Der jetzt vorgelegte Weltbankbericht 1992 zum Thema "Entwicklung und Umwelt" erkennt die wesentlichen Entwicklungsprobleme; allerdings können nicht alle analytischen Teile akzeptiert werden. Vor allem muß aber sichergestellt werden, daß die als richtig erkannten Zielmarken auch wirklich erreicht werden:

1. Armutsorientierung: ja, aber die Weltbank drückt sich vor klaren Reformaussagen zu ihrer eigenen Politik

Mit der Themenstellung "Entwicklung und Umwelt" hat die Weltbank erkannt, daß zwischen Umweltzerstörung und Entwicklung ein enger Wirkmechanismus besteht. Über- und Unterentwicklung tragen je zu lokaler und globaler Umweltzerstörung bei. Aus entwicklungspolitischer Sicht zu begrüßen ist, daß die Weltbank der Armutsbekämpfung eine bedeutende Rolle zuweist. Der Deutsche Bundestag hatte sich schon im Mai 1990 für eine armutsorientierte Entwicklungspolitik ausgesprochen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Erhältlich Lösung
zu unseren Rubriken
Nachdruck-Paper



Wird der Ansatz einer armutsorientierten Entwicklungspolitik aber wirklich ernst genommen, dann muß dies zu einer völlig veränderten, kooperativen und mit anderen Gebarn koordinierten Politik der Weltbank in Richtung auf die Förderung einer wirtschaftlich produktiven, sozial gerechten und umweltverträglichen Entwicklung führen. Die Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen, Stiftungen, Selbsthilfegruppen vor Ort, Genossenschaften, Frauenkooperativen et cetera muß wesentlich verstärkt und weiterentwickelt werden. Es ist ein entscheidender Mangel des Berichts, daß, obwohl generell und abstrakt institutionelle Veränderungen gefordert werden, nicht ausreichend darüber nachgedacht wird, was die Weltbank selbst für eine erfolgreiche umwelt- und armutsorientierte Entwicklungspolitik ändern muß und was sie zuletzt selbst darüber hinaus zur Veränderung der Chancenschiefte beim internationalen Handels- und Finanzaustausch beitragen könnte.

2. Wo bleiben die globale Koordination und deren Akteure?

Richtig erkannt im Bericht ist, daß für die Lösung der Umweltprobleme starke Institutionen geschaffen werden müssen. Eine für die Weltbank neue Einsicht ist die Zuweisung einer "Schlüsselrolle" bei der Umweltfrage an den Staat. Einer bloßen Regulierung der Umweltprobleme durch den Markt wird widersprochen. Jedoch versäumt der Bericht klar die Dramaturgie für einen globalen Koordinierungsmechanismus auszuarbeiten und die Regie zu bestimmen. Es ist erstaunlich, daß nicht näher auf die Möglichkeiten der Vereinten Nationen und deren Umwelt- und Entwicklungsprogrammen eingegangen wird.

3. Es fehlt ein Konzept für die Krise des westlichen Wachstumsmodells

Ein wichtiger Schwachpunkt am Weltbankbericht: Es gibt keine wirkliche Antwort auf die Krise des westlichen Wachstumsmodells - obwohl inzwischen hinreichend klar ist, daß dieses Modell nicht globalisierbar ist und einen großen Anteil an der weltweiten Umweltzerstörung als auch der Unterentwicklung in der Dritten Welt trägt. Statt konsequent ein Konzept für ein radikales Umsteuern zu entwickeln, wird auf "ein robustes und umweltverträgliches Wachstum in den Industrieländern" gesetzt. Ohne aber den ressourcen- und energieververschlingenden Produktions- und Industriemoloch des Nordens zu bändigen, lassen sich weder die Umweltzerstörung noch die Armut bekämpfen.

4. Warnung vor Ökozentrismus

Die Ökofrage ist eine Überlebensfrage. Es ist aber falsch zu glauben, daß die Lösung von Umweltproblemen auch automatisch zur Beseitigung von Armut und Unterdrückung führt. Eine auf Dauer tragfähige Entwicklung hat nicht nur eine ökologische, sondern eine ökonomische, soziale und menschenrechtliche Seite.

Die Bundestagsabgeordneten wollen mit ihrem Appell an die Weltbank sicherstellen, daß die Mittel zielgerichteter ausgegeben werden und die Kredite wirklich den Benachteiligten zugute kommen.

Von großer Bedeutung für eine in diesem Sinne erfolgreiche Entwicklung sind Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer. Von ebenso großer Bedeutung sind die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und das internationale Umfeld insgesamt. Die hier bislang auf vielen Feldern bestehenden Benachteiligungen der Entwicklungsländer müssen beseitigt werden; die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht muß dazu endlich einen konstruktiven Beitrag leisten.

(-/20. Mai 1992/rs/ks)

Endlich aktiv in die Konversion einsteigen!
Zum Ende des Jäger '90

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Während das Bundesverteidigungsministerium mit seiner Prüfung in "größtem Realismus" das unnötige Projekt des Jägers '90 endlich zu Grabe getragen hat, sind mehrere tausend Beschäftigte in Bayern jetzt Opfer eines ungebrochenen Rüstungsfetischismus von CSU und Bayerischer Staatsregierung.

CSU und Bayerische Staatsregierung haben in jahrelanger Fehleinschätzung sicherheitspolitischer Fragen industriepolitisch klar versagt und es versäumt, die Weichen richtig zu stellen. Jetzt spielen sie "toter Mann" und äußern sich lieber überhaupt nicht. Nachdem aber die Mehrzahl der vom Tod des Jäger '90 betroffenen 10.000 deutschen Arbeitnehmer in Bayern beschäftigt sind, werden wir die Bayerische Staatsregierung jetzt erneut im Landtag stellen.

Auch wenn der Verzicht auf die kostspielige Anschaffung des umstrittenen europäischen Jagdflugzeuges Jäger '90 - Stückpreis derzeit 280 Millionen Mark; ergibt bei 200 geplanten Flugzeugen für Deutschland 56 Milliarden DM; bisher von Deutschland beigesteuerte Entwicklungskosten: sieben Milliarden DM - spät kommt, so war es doch, wie von den Sozialdemokraten immer wieder vorausgesagt und erwartet, unvermeidbar. Nur die CSU, die ständig mit super-teurem Säbelrasseln zu verteidigen versucht, was längst nicht mehr bedroht wird, hat eine industriepolitische Fiktion aufrechterhalten und sich damit aus der Verantwortung für den Wirtschaftsraum Bayern und seine Arbeitnehmer davongestohlen. Ideologische Verblendung gepaart mit wirtschaftspolitischer Kurzsichtigkeit haben die Beschäftigten jetzt in eine fast schon aussichtslose Position gebracht. Betroffen vom Aus für den Jäger '90 sind vor allem im Freistaat Beschäftigte bei der Deutschen Aerospace (DASA) und bei ihren Töchtern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) und Motoren- und Turbinen-Union (MTU).

Das klare industriepolitische Versagen der Staatsregierung, die sich von Interessengruppen willig und sehenden Auges über den Löffel balbieren ließ, müssen jetzt leider die Arbeitnehmer in der bayerischen Rüstungsindustrie ausbaden. Sechs Schritte des Versagens sind bei der Bayerischen Staatsregierung festzustellen:

1. Das bedingungslose Ja zur Fusion

CSU und Staatsregierung haben bedingungslos Ja zur Fusion von Daimler-Benz und MBB gesagt, ohne wenigstens Bestandsgarantien und Arbeitsplatzsicherheit auszuhandeln.

2. Die Konzentration der Rüstungsindustrie in Bayern

CSU und Staatsregierung haben nicht nur zugelassen, daß die zivilen Teile des Großkonzerns in den Norden der Republik abwandern konnten, sondern selbst aktiv daran mitgewirkt, daß der Freistaat seine Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie verstärkt.

3. Das unüberlegte Ja zum "Jäger '90"

CSU und Staatsregierung haben mit ihrem andauernden und unüberlegten Ja zum "Jäger '90" die Fiktion sicherer Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie aufrechterhalten und sich selbst damit von der Notwendigkeit politischen Handelns losgesagt.

4. Der Verzicht auf aktive Rüstungskonversion

In blinder Gläubigkeit an die volkswirtschaftlichen Heilungskräfte der Wirtschaft haben CSU und Staatsregierung sich vehement geweigert, aktiv Rüstungskonversion zu betreiben und nicht einmal die EG-Mittel in Anspruch genommen. Die Wirtschaft, der die Konversionsschritte in Bayern allein überlassen blieben, hat - ohne politische Rahmenbedingungen - wie zu erwarten die sozialen und arbeitsmarktpolitischen Fragen weitgehend außer Acht gelassen, nachdem von Seiten der Mehrheitspolitik in Bayern die Anreize und Akzente fehlten.

5. Die fehlende Begleitung beim DASA-Strukturkonzept

Auch um das DASA-Strukturkonzept, das die Auslastung der bayerischen DASA-Standorte sichern sollte, haben sich CSU und Staatsregierung in keiner Weise gekümmert, sondern alles dem Unternehmen überlassen, das bislang aber nicht in wünschenswerter Weise seinen Zusagen nachkommt. Auch ohne das Aus für den "Jäger '90" sind die Folgen für Bayern bereits jetzt sichtbar, wie 1.000 Kurzarbeiter im Werk Manching belegen.

6. Der bedingungslose Tausch der MBB-Aktien

Ohne Not hat die Staatsregierung ihr letztes Faustpfand aus der Hand gegeben und - abgesegnet durch die CSU-Landtagsmehrheit - die MBB-Aktien des Freistaates gegen DASA-Aktien getauscht. Was Appelle gerade bei Großkonzernen bewirken, das müßte die Staatsregierung mittlerweile selbst wissen. Trotzdem hat sie ihr Druckmittel ohne Gegenleistung weggegeben.

Die Industriepolitik von CSU und Staatsregierung würde eher Mitleid denn Kritik verdienen, wenn nicht die Interessen Tausender von Arbeitnehmern wären, die auszubaden haben, was CSU und Staatsregierung anrichten. Meine Fraktion wird nun die Bayerische Staatsregierung zur neuerlichen Landtagsdiskussion zwingen; denn nur so kann es gelingen, die Staatsregierung aus ihrer wirtschaftspolitischen Agonie zu erwecken und sie zu veranlassen, ihren Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmern und der Landesentwicklung gerecht zu werden.

(-/20. Mai 1992/rs/ks)

Nicht auf Kosten der Bildung
Zu Sparvorschlägen der Kultusministerkonferenz

Von **Brigitte Speth MdL**

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB)

Wachsende Schülerzahlen bei knappen Ressourcen, so lautet die Überschrift einer Vorlage für die Kultusministerkonferenz (KMK). In dem vorgelegten Papier, das die Handschrift Nordrhein-Westfalens vermuten läßt, heißt es unter anderem wörtlich:

"Es besteht Übereinstimmung, daß die finanziellen Engpässe bei gleichzeitig steigenden Schülerzahlen auch eine Überprüfung der Faktoren erzwingen, die für den Lehrerberuf konstitutiv sind. Es sind dies in erster Linie die Größe der Klassen und Lerngruppen, die Schülerwochenstunden, die Unterrichtsstunden der Lehrer, aber auch Zuschläge für besondere Aufgaben und Unterrichtsformen (zum Beispiel Ganztagsbetrieb)."

Unabwendbare Kürzungen sollen so erfolgen,

"daß die Vergleichbarkeit der Standards in den Ländern gewahrt bleibt. (Kürzungen sind daher am ehesten in den Teilbereichen sinnvoll, in denen ein Land im Ländervergleich besonders günstig abschneidet)."

Bundesvorstand und Bundesausschuß der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD haben sich am vergangenen Wochenende mit dem vorgelegten Papier befaßt. Beide Gremien verurteilen den Versuch, in einem seltsamen länderübergreifenden Akt der "Solidarität", den finanziellen Engpässen durch Verschlechterung der Standards im Schulbereich zu entkommen. Da wird einerseits immer wieder betont, Bildung sei Deutschlands wichtigster Rohstoff. Andererseits sollen die Bildungsstandards auf dem jeweils niedrigsten Niveau angeglichen werden. Wegen der in der Tat knappen Kassen der Länder und Gemeinden sei vielmehr die Frage nach politischer Prioritätensetzung zu stellen. Darüber hinaus sei eine Neuordnung der Bund-Länder-Finzen überfällig.

Angesichts des aus verschiedenen Gründen steigenden Bedarfs an ganztägiger Betreuung in der Schule mutet es fast zynisch an, daß der Zuschlag für den Ganztagsunterricht gekürzt werden solle, und daß, wie es im Papier heißt: "Bei Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts

wird die Schule noch stärker als bisher auf die freiwillige und ehrenamtliche Mitwirkung der Eltern angewiesen sein. Dies gilt auch für die Sicherung konstanter Betreuungszeiten in der Grundschule sowie bei der Ausgestaltung des Ganztagsbetriebs."

Nichts gegen freiwillige Mitarbeit von Eltern in der Schule. Das bereichert das Schulleben. Wenn das gesellschaftliche Bedürfnis nach mehr ganztägiger Betreuung ständig wächst, wenn dies zunehmend Aufgabe von Schule wird, dann muß der Staat Mittel für schulisches Personal zur Verfügung stellen. Im übrigen sei Schule heute längst mehr als Unterricht. Auch insofern dürften sich die Regierungen nicht aus der Verantwortung stehlen, indem sie bei der über den Unterricht hinausgehenden Arbeit auf Ehrenamtlichkeit der Eltern zurückgriffen.

Die AfB fordert daher die KMK auf, insbesondere die Kultusministerinnen und -minister der SPD-regierten Länder, diese Vorlage so schnell wie möglich zu verwerfen.

(-/20. Mai 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Ärzte-Auszeichnung für einen mutigen Soldaten

Die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) ehren den Sprecher des Arbeitskreises "Darmstädter Signal", Major Prieß, mit ihrer Clara-Immerwahr-Auszeichnung. Diese Auszeichnung - benannt nach einer Chemikerin, die sich vor dem Ersten Weltkrieg gegen die Entwicklung von Giftgas verwehrte, das ihr Mann entwickelte - wird Prieß am 14. Juni in Bonn verliehen werden. Auszüge aus der Begründung:

Helmuth Prieß kam 1960 als Wehrpflichtiger zur Bundeswehr und verließ sie 1962 als Leutnant der Reserve. Nach zwei Jahren als kaufmännischer Angestellter kehrte er in die Bundeswehr zurück. Im Heeresamt in Köln ist er mit der Ausarbeitung von Grundsätzen für die fachliche Fortbildung und die Offiziersausbildung befaßt. Seit 1978 ist er Major. Am 18. Dezember 1991 hat ihn die Zweite Kammer des Truppendienstgerichts Mitte in Koblenz zum Oberleutnant degradiert. Diesen Dienstgrad hatte Prieß bereits 1968 erreicht.

Was war geschehen? Und warum ist Helmuth Prieß seit 1978 nicht mehr befördert worden? Seine beiden Onkel, bei denen er einen Teil seiner Jugend verbrachte, waren hohe Offiziere der Wehrmacht gewesen. Prieß selbst beschreibt sich als einen in früheren Jahren harten, autoritären Jungoffizier, der sich durchzusetzen wußte. Nur, dann kam das Jahr 1968. Die Kriegs- und Nachkriegsjugend begann sich der deutschen Vergangenheit intensiv zu stellen. Der Glaube an die "Väter", die Autoritäten, die scheinbar bruchlos das Ende der Naziherrschaft überlebt hatten, zerbrach. Willy Brandts Worte "Mehr Demokratie wagen" und der kritische Umgang des Bundespräsidenten Gustav Heinemann mit der deutschen Geschichte wurden von vielen, so auch von Prieß, als innere Verpflichtung aufgenommen. Die Arbeit in den vorgefundenen Institutionen sollte diese demokratischer und verantwortungsvoller gegenüber der Gesellschaft machen.

Resozialisierung von Randgruppen und Dritte Welt sind die Themen, die Prieß' Engagement Anfang der 70er Jahre herausforderten. Gleichzeitig begann er über die eigene Rolle und die der heutigen Soldaten nachzudenken. 1972 äußerte Prieß in einer dienstlichen Veranstaltung über "Gehorsam und Gewissen", daß etwa bei einem Megatonnen-Atomschlag auf Hamburg aufzuhören sei mit kämpfen, und daß man nicht unter jeder Bundesregierung, vielleicht einer extrem rechten, als Soldat dienen dürfe. Dafür wurde Prieß umgehend vorzeitig von seinem damaligen Dienstposten abgelöst, "strafversetzt" und in Beurteilungen schlechter gestellt. Hier beginnt der "Bruch" der Offizierslaufbahn. Helmuth Prieß, inzwischen Sozialdemokrat, engagierte sich in der Kommunalpolitik und als Personalrat. 1979 wird er Ratsmitglied in seiner Heimatgemeinde Swisttal und ist seit acht Jahren deren stellvertretender Bürgermeister. Seine Arbeitsschwerpunkte: humane Stadt- und Dorfentwicklung, Umweltschutz, aktive Hilfe für Flüchtlinge. Ende der 70er Jahre begann für Prieß die NATO-Strategie, die sogenannte "flexible response", zunehmend fragwürdig zu werden. Sie sah vor, einen konventionellen Angriff der Staaten des Warschauer Pakts sehr bald mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen zu beantworten.

Dabei war klar, daß diese Waffen auch auf dem Gebiet der DDR wie auf dem der alten BRD neue Hiroshimas erzeugen würden. Für Prieß war es unerträglich, zu diesem Problem zu schweigen. Seit 1979 trug er seine grundsätzlichen Bedenken gegen die offizielle Sicherheitspolitik vor und unterstützte damit die Friedensbewegung in ihrem Protest gegen die sogenannte Nachrüstung. Auf dem 18. Evangelischen Kirchentag in Hannover handelte sich Prieß mit der Aussage "Jeder Soldat auf dieser Welt ist ein Soldat zuviel" erneut Ärger ein.

Bald nach dem Kirchentag fanden sich 20 Soldaten - vorwiegend Offiziere - und ein Zivillist aus dem Bundeswehrbereich zusammen. Als Arbeitskreis "Darmstädter Signal" traten sie mit kritischen Erklärungen an die Öffentlichkeit.

Am 20. Oktober 1989 fällt das Landgericht Frankfurt zwei Wochen vor dem 6. "Hardberg-Gespräch" ein sehr kontrovers diskutiertes Urteil. Der Arzt Dr. Augst, Mitglied der IPPNW, hatte während einer Schuldiskussion 1984 gegenüber einem Jugendoffizier der Bundeswehr geäußert: "Jeder Soldat ist ein potentieller Mörder, auch Sie, Herr Witt" und weiter: "Bei der Bundeswehr gibt es einen Drill zum Morden über 15 Monate lang, besonders in den ersten drei Monaten". Diese Sätze bewertete das Gericht als persönliche Beleidigung, es sprach jedoch den Arzt wegen der Höherrangigkeit des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung frei. Die allgemeine Feststellung "alle Soldaten sind potentielle Mörder" jedoch hielt das Gericht nicht für strafbar, da sich niemand beleidigt fühlen könne. Darauf setzte eine Urteilschelte ein, an der sich der damalige Verteidigungsminister Stoltenberg, Generalinspekteur Wellershof und viele andere hochrangige Soldaten beteiligten. Die Soldaten des Darmstädter Signals sahen dagegen in dem Urteil ihren Gewissenskonflikt auf den Punkt gebracht. Sie mußten sich fragen, wie man noch Soldat sein kann, wenn die Verteidigung verbunden ist mit Massenmord. Folgerichtig gaben 21 Soldaten des "Darmstädter Signals" am 4. November 1989 eine Presseerklärung heraus:

"Wir Soldaten des Arbeitskreises Darmstädter Signal" begrüßen das sogenannte "Soldatenurteil" der 29. großen Strafkammer des Landgerichts Frankfurt vom 20. Oktober 1989. Zum einen ist der Kampf der Meinungen das Lebenselement unserer Gesellschaft, zum anderen halten wir die Aussage "alle Soldaten sind potentielle Mörder" inhaltlich für richtig. Gerade die immer noch gültige Strategie der atomaren Abschreckung bringt uns in Gewissensnot, weil sie bei ihrem Versagen zum massenhaften, unterschiedlosen Töten zwingt. Im Gegensatz zum Bundesministerium der Verteidigung halten wir eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Urteil und seiner Begründung sowohl außerhalb wie auch innerhalb der Bundeswehr für notwendig. Wir Staatsbürger in Uniform brauchen keinen besonderen Ehrenschutz."

Wegen dieser Erklärung wurden - gegen den Willen der Mehrheit der militärischen Vorgesetzten - inzwischen gegen alle Unterzeichner auf Weisung des Verteidigungsministeriums disziplinarische Schritte eingeleitet. Zwei Offiziere wurden um einen Dienstgrad zurückgestuft, zwei erhielten eine Laufbahnstrafe, und Major Prieß als Sprecher des Arbeitskreises wurde gleich um zwei Dienstgrade herabgestuft. Alle Betroffenen haben dagegen Beschwerde beim Wehrdienstsenat in München beziehungsweise Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingelegt.

Ist es ein Zufall, daß ausgerechnet Soldaten, die zu allen Zeiten Streitfragen "mit dem Schwert" entschieden, sich heute mit großem Engagement und Durchhaltekraft für eine "friedliche, sozial gerechte und umweltfreundliche Politik in unserer Einen Welt" einsetzen (Signal 1992)? Als unmittelbar Betroffene wissen sie um die apokalyptischen Folgen heutiger militärischer Konfliktlösungen besser Bescheid als Politiker, Industrielle und Banker. Sie haben ein selbstverständliches Recht darauf, nicht zu Massenmördern gemacht zu werden. Ihre kompromißlose Dialogbereitschaft selbst gegenüber denen, von denen sie bekämpft oder verleugnet werden, macht die "Signaler" zum Vorbild auch für die IPPNW, nicht zuletzt im Umgang mit Soldaten und Bundeswehr. Gerade die deutsche Geschichte zeigt, daß erst der Verlust von Freiheit den Krieg ermöglicht und nach sich zieht. Wer Frieden will, muß ihn vorbereiten. Mit Soldaten wie Helmuth Prieß ließe sich Frieden gewinnen.

(-/20. Mai 1992/rs/ks)
